

10. Mai 2008, WELT-ONLINE

Von Gernot Facius

## Sudetendeutsche hoffen auf neuen Prager Frühling

Generationswechsel beim Pfingsttreffen der Vertriebenen - Karlspreis für tschechischen Bürgerrechtler Uhl

*Bonn/Nürnberg* - Beim Blick auf Tschechien schöpfen die Sudetendeutschen derzeit neue Hoffnung. „In kleinen Schritten bewegt sich was“, sagte Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), am Freitag zum Auftakt des Sudetendeutschen Tages in Nürnberg. Und auf diese Entwicklung in Prag will der Vertriebenenverband denn auch beherzt eingehen: Die neue, junge SL-Doppelspitze - Sprecher Bernd Posselt (51) und Bundesvorsitzender Franz Pany (51) - wird auf dem traditionellen Pfingsttreffen mit einem Programm an die Öffentlichkeit treten, das auf die „Europäisierung der sudetendeutschen Frage“ zielt und ganz bewußt auf den Dialog mit Tschechien setzt.

Die Großveranstaltung im Nürnberger Messezentrum signalisiert einen Generations- und Mentalitätswechsel. Zum ersten Mal werden beide Führungsämter der Volksgruppe von Personen bekleidet, die nach der Vertreibung geboren sind. Der CSU-Europaabgeordnete Posselt löst den ehemaligen bayerischen Landtagspräsidenten Johann Böhm (70) als Sprecher ab, der Stiftungsdirektor Pany ist Posselts Nachfolger als Vorsitzender. Für beide ist es „an der Zeit“, daß sich Europa „vorbehaltlos auch den sudetendeutschen Anliegen“ öffne. Sie geben sich zuversichtlich, „gerade auf diesem Gebiet“ in Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) „einen wichtigen Partner“ zu haben. Beckstein ist nach dem Abgang von Edmund Stoiber neuer „Schirmherr“ der Vertriebenen aus dem Sudetenland und wird erstmals Hauptred-

ner eines Pfingsttreffens sein, auf dem stets jene Benesch-Dekrete thematisiert werden, die 1945 die Grundlage für die Entrechtung der Deutschen und Ungarn bildeten.

Deutlich wie nie zuvor kommt schon in den Einladungen zum Ausdruck, daß die SL die Kontakte zur tschechischen Öffentlichkeit und Politik verstärken will. „Wir sehen“, sagen Posselt und Pany, „durchaus Ansätze, die Vorurteile innerhalb der tschechischen Bevölkerung und die Starrheit der politischen Klasse in Prag aufzubrechen.“ Als Symbol für diese Hoffnung auf ein neues Denken verleiht die Landsmannschaft in diesem Jahr ihren Karlspreis dem tschechischen Publizisten Petr Uhl (66). Der ehemalige Trotzkiist und Mitstreiter von Václav Havel in der Bürgerrechtsbewegung Charta 77 steht seit Jahren mit der katholischen Ackermann-Gemeinde in Kontakt und betrachtet den SL-Sprecher Posselt als „Freund und wahren Europäer“.

Uhl hat sich nach eigenen Worten überzeugt, daß die Sudetendeutschen „nicht nur konsequent antinazistisch eingestellt, sondern auch wirkliche Demokraten sind“. In der tschechischen, aber auch in der deutschen Gesellschaft vermisse er, so Uhl, immer noch die Würdigung von Gewalt und Unrecht, deren Opfer die deutsche Bevölkerung der Tschechoslowakei in den Jahren 1945 bis 1946 war. Der Publizist, der unter anderem als Kommentator für die linke Tageszeitung „Pravo“ schreibt, geht damit auf Distanz zum Hauptstrom der öffentlichen Meinung in seiner Heimat. Er hält die sogenannte Abschiebung eindeutig

für eine Vertreibung, die nicht durch die Naziverbrechen zu rechtfertigen sei, „die von der ganzen Welt, einschließlich den Deutschen und Sudetendeutschen, zu Recht verurteilt worden sind“.

In diesem Punkt befindet sich Uhl in Übereinstimmung mit dem amerikanischen Historiker und Völkerrechtsexperten Alfred de Zayas, der just zu den großen Vertriebenentreffen - zu Pfingsten versammeln sich auch die Ostpreußen in Berlin - 50 Thesen zur Vertreibung vorgelegt hat. Für de Zayas ist der Zweite Weltkrieg zwar der Anlaß, nicht aber die Ursache der Vertreibung gewesen. „Der heute oft behauptete einfache kausale Nexus zwischen Krieg und Vertreibung überzeugt nicht und ist zudem wissenschaftlich unhaltbar“, erklärte de Zayas der WELT. „Das Kriegsende wäre ohne die Vertreibung der Ostdeutschen durchaus denkbar gewesen. Die Rheinländer wurden von den Franzosen

und Niederländern nicht nach Osten vertrieben. Weshalb wurden die Ostpreußen und Sudetendeutschen nach Westen verjagt?“

Ursache der Vertreibung waren nach de Zayas die freien Entscheidungen einiger Politiker in mehreren Staaten, deren „langfristiges geopolitisches Kalkül 1945 in die größte Vertreibung der Geschichte mündete“. Die Verharmlosung dieses Vorgangs stelle eine Menschenrechtsverletzung dar, „denn sie bedeutet eine unzulässige Diskriminierung der Opfer“. Die Erörterung der Vertreibung der Deutschen hat für den amerikanischen Experten „eine eminente Bedeutung für die Gegenwart“. Im politischen Bereich sollte die Suche nach gangbaren Wegen für die Verwirklichung des Rechts auf Heimat und einen gerechten Ausgleich auch in der schwierigen Eigentumsfrage „intensiviert“ werden.